



# Interviews

**Datum: 20. Oktober 2022**

**Julia Hamburg, Bündnis 90/ Die Grünen, Fraktionschefin im niedersächsischen Landtag im Gespräch mit Tobias Armbrüster**

**Tobias Armbrüster:** Das sogenannte Machtwort des Kanzlers in der Atomfrage liefert nach wie vor jede Menge Gesprächsstoff. Die Entscheidung von Olaf Scholz, alle drei verbliebenen AKW bis zum kommenden Frühjahr als Option für die Energieversorgung bereitzuhalten, sorgt immer noch für Diskussionen. Viele halten das alles für übertrieben, für ein Ablenkungsmanöver sogar. Andere sagen, das geht noch nicht weit genug, Deutschland solle komplett zurückkehren zur Atomkraft.

Ganz praktische politische Auswirkungen hat das vor allem in Niedersachsen selbst. Dort sollte das Atomkraftwerk Emsland zum 31.12. vom Netz gehen. Dass dieser Termin gehalten wird, das war vor allem den Grünen in Niedersachsen im zurückliegenden Wahlkampf wichtig. Aber dieser Termin gilt jetzt nicht mehr.

Am Telefon ist die Fraktionschefin der Grünen im Landtag in Hannover, Julia Willie Hamburg. Zurzeit ist sie in Koalitionsgesprächen mit der SPD in ihrem Bundesland. – Schönen guten Morgen, Frau Hamburg!

**Julia Willie Hamburg:** Ja, guten Morgen.

**Armbrüster:** Müssen die Grünen in Niedersachsen jetzt alles auslöffeln?

**Hamburg:** Na ja. Es ist so, dass am Ende der Bund entscheidet, welche Atomkraftwerke länger am Netz bleiben und welche nicht. Wir haben eine Situation, dass SPD und Grüne in Niedersachsen beide deutlich gesagt haben, dass sie das nicht nötig finden. Die Fakten sprechen auch eine andere Sprache. Der Stresstest sagt deutlich, eigentlich müsste das Atomkraftwerk nicht am Netz bleiben. Olaf Scholz hat somit eine politische Entscheidung zur Befriedung eines Streits in der Ampel gewählt. Und ja, wir werden das jetzt umsetzen müssen, sofern der Bundestag auch so entscheidet.

**Armbrüster:** Dieser Atomausstieg Ende des Jahres für das AKW Emsland, das war ja ein Erfolg, den Sie im Landtagswahlkampf immer wieder gefeiert haben. Was sagen Sie jetzt eigentlich Ihren Wählerinnen und Wählern?

**Hamburg:** Auf der einen Seite sagen wir ganz deutlich auch gar nicht nur unseren Wählerinnen und Wählern, sondern allen Menschen in Niedersachsen, das entscheidet der Bundestag. Das können wir nicht entscheiden. Fachlich wäre es nicht notwendig und das AKW Emsland hat die Situation, dass es ja schon jetzt vorzeitig in den Streckbetrieb geht, weil die Brennstäbe so stark ausgelutscht sind, dass es am Ende auch keinen richtigen Mehrwert für

die Energieversorgung hat. Auf der anderen Seite sage ich aber auch ganz klar: Der niedersächsische Teil, den wir dazu beitragen können, eine gründliche Sicherheitsüberprüfung zu machen, bevor das AKW in den Streckbetrieb geht, den werden wir sehr ernst nehmen, denn das eine ist die politische Entscheidung, dass es weiterlaufen darf, das andere ist die Frage, ob es weiterlaufen kann, ohne dass ein übermäßiges Risiko damit einhergeht.

**Armbrüster:** Wie lange wird das dauern, diese Überprüfung?

**Hamburg:** Wir rechnen damit, dass das zwei bis drei Wochen dauert. Dann ist aber die Frage, was dabei gefunden wird und welche Nachrüstungen damit einhergehen.

**Armbrüster:** Das heißt, Sie bezeichnen es durchaus auch noch als möglich, dass dieses AKW es trotzdem nicht schafft in diese Reserve, weil es möglicherweise technische Probleme gibt?

**Hamburg:** Ja, das gilt für alle drei Atomkraftwerke. Am Ende muss man sie überprüfen. Es gab keine periodische Sicherheitsüberprüfung in den letzten 13 Jahren und deswegen wird man jetzt genau gucken müssen, was damit ist und wie der Zustand ist. Klar ist: Wenn es am Netz bleiben kann, dann wird es am Netz bleiben, weil der Bundestag entscheidet, ob dieses Atomkraftwerk weiterlaufen darf oder nicht. Dann entscheidet der Betreiber, ob es sich für ihn lohnt, und die Landesregierung sagt, ob es sicher ist. Wenn das alles gegeben ist, läuft es weiter. Wenn etwas davon nicht gegeben ist, dann wird es früher vom Netz gehen und nicht bis April laufen.

**Armbrüster:** Frau Hamburg, wir hören jetzt aus Berlin immer wieder, dass Olaf Scholz dieses sogenannte Machtwort, das er am Montag ausgesprochen hat, vorher mit seinen Koalitionspartnern abgesprochen hat. Wann haben Sie denn davon erfahren?

**Hamburg:** Ich habe das wie alle anderen aus der Zeitung erfahren. Am Ende gab es diesen Brief. Das ist auch dann die Entscheidung von Olaf Scholz. Ich hatte den Eindruck, dass er sehr wohl gewogen hat, dass er die anderen Parteien jetzt dazu auffordert, diesen Konflikt beizulegen, und sie damit auch ein Stück weit zu überraschen und zu sagen, ich entscheide das. Aber am Ende habe ich jetzt keine Forschung betrieben, wer wann wie was wusste. Am Ende ist, glaube ich, der Stil im Ganzen so, dass wir alle miteinander sagen, so sollte das die Ampel künftig nicht machen. Für Niedersachsen ist das mitnichten eine Blaupause, weil das schon irritierend war.

**Armbrüster:** Wie gehen Sie denn damit um, dass Ihr Parteifreund Robert Habeck, der Wirtschaftsminister und Vizekanzler, das alles eher ein bisschen mit einem Achselzucken hingenommen hat?

**Hamburg:** Na ja. Am Ende ist die Frage, was soll er machen. Der Bundeskanzler hat eine Richtlinienkompetenz. Er hat die Wahl, diese auszuführen oder aber am Ende die Regierung darüber in Frage zu stellen. Insofern: Er hat ja auch gestern sehr deutlich gesagt, dass dieser Stil so nicht geht, und da hat er vollkommen recht. Die Menschen in Deutschland erwarten Antworten und nicht so ein Herumgezanke.

**Armbrüster:** Hätten Sie sich da etwas deutlichere Statements von Robert Habeck gewünscht?

**Hamburg:** Wir haben alle miteinander sehr deutlich gemacht, erstens fachlich wäre es nicht nötig gewesen. Zweitens ist es eine politische Lösung und drittens, dieser Stil sollte so nicht in die Ampel Einzug erhalten. Ich glaube, damit ist dann alles gesagt.

**Armbrüster:** Sie haben jetzt mehrmals gesagt, Frau Hamburg, dass es eigentlich nicht nötig gewesen wäre, dieser Streckbetrieb. Was heißt das denn? Heißt das, dass alle Leute Unrecht haben, die sagen, wir brauchen diese drei Atomkraftwerke, um eine Energiekrise im Winter abzufedern? Haben die alle irgendetwas nicht begriffen?

**Hamburg:** Der Punkt ist, dass in Niedersachsen der Ausbau der erneuerbaren Energien so groß ist, dass wir am Ende regelmäßig erneuerbare Energien abschalten, damit das AKW Emsland II seinen Strom ins Netz geben kann. Insofern ist das an der Stelle kein riesiger Mehrwert. Es hat weder eine preisdämpfende Wirkung, noch bietet es wirklich deutlich mehr Strom. Insofern hätte es diese Entscheidung dieser Art so nicht gebraucht, weil es eigentlich eher die Netze verstopft. Das haben wir immer wieder deutlich gemacht. Natürlich kann man das anders entscheiden. Es gibt ja für jeden Test immer auch andere Interpretationen. Es wurde offensichtlich eine andere gewählt.

**Armbrüster:** Ich habe das nicht ganz verstanden. Heißt das, dass es aufgrund der Netzkapazitäten zum Beispiel auch nicht möglich ist, diesen überschüssigen Strom irgendwo anders hinzuliefern?

**Hamburg:** Genau! Derzeit ist es so – und das wird jetzt auch die nächsten drei Monate Verlängerung oder vier Monate Verlängerung so sein -, dass wir Windräder aus dem Wind drehen, weil wir nicht beides gleichzeitig in die Netze speisen können. Genau deshalb werden wir dann einfach nur eine Verlagerung zum Atomstrom haben, aber nicht automatisch mehr Strom in Niedersachsen.

**Armbrüster:** Das heißt, zum Beispiel auch Frankreich – davon ist ja immer die Rede – könnte nicht profitieren von diesem möglichen Stromüberschuss in Ihrem Bundesland?

**Hamburg:** Richtig, genau. Das würde wahrscheinlich nicht profitieren und wenn, dann zu einem minimalen Anteil. Es wäre nicht der große Wurf, der jetzt gerade suggeriert wird. Das ist an der Stelle, muss ich so sagen, mehr ein politisches Symbol.

**Armbrüster:** Frau Hamburg, wie sicher ist es denn, dass im Frühjahr wirklich Schluss ist, auch mit dem AKW Emsland?

**Hamburg:** Olaf Scholz hat einen Kompromiss gemacht. Er hat damit ein Machtwort gesprochen in alle Richtungen. Er sagt, es gibt ein Paket, alle drei im Streckbetrieb, aber dafür einen Ausstieg Mitte April. Er hat gesagt, es werden keine weiteren Brennstäbe gebraucht, und da werden wir hier in Niedersachsen ihn beim Wort nehmen und das auch einfordern, dass das zusammen jetzt gesetzlich besiegelt wird, damit der Atomausstieg in Deutschland besiegelt ist.

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

**Armbrüster:** Was passiert, wenn einige in der Bundespolitik in den kommenden Wochen in dieser Energiekrise noch mal ein bisschen auf den Geschmack kommen und Atomkraft vielleicht gar nicht für so eine schlechte Sache halten?

**Hamburg:** Dann werden wir als Grüne und insbesondere wir als Grüne in Niedersachsen noch mal sehr deutlich auf die Gefahren der Atomkraft hinweisen. Wir aus Niedersachsen wissen um die Probleme in der Endlagerfrage. Wir wissen um die Risiken, die damit einhergehen. Wir haben da eine hohe Expertise und das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten ebenso deutlich machen, denn mein Eindruck ist, dass das gerade ausgeblendet wird in dieser Krise, und dass wir dann aber die Gefahren in der Zukunft erben und das nicht gut ist für künftige Generationen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*